



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

h. a.

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

P/VIII/158

Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

10. Juli 1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

Auseinandergebrochenes Dreigestirn	S. 1
Kongress der Sozialistischen Internationale	S. 3
Zur Lage in Berlin	S. 5

## Berijas Sturz

(sp) Von dem nach Stalins Tode errichteten Triumphirat Malenkow, Berija und Molotow ist, auch für die besten Russlandkenner völlig unerwartet, mit dem Sturz Berijas wohl das wichtigste Glied aus dem Dreigestirn herausgebrochen. Der Sturz erfolgte in dem für solche Veränderungen an der sowjetischen Spitze üblichen Rahmen: Der Mann, der als Nachfolger Jeschows über den mächtigsten Polizeiapparat der Welt verfügte, der als Innenminister das Leben jedes Sowjetmenschen kontrollierte, entpuppt sich jetzt nach dem von Malenkow verlesenen Bericht des Zentralkomitees als "Feind des Sowjetvolkes", der den "niederträchtigen Versuch machte, das Innenministerium der UdSSR über Regierung und KESO zu stellen". Allein dieser Hinweis, wie auch die Ankündigung eines vom Obersten Sowjetgericht durchzuführenden Verfahrens, ist eine Bestätigung für innerhalb der Kremelmauer sich abspielenden Machtkämpfe, deren Ausgang im Ungewissen liegen.

Der gestürzte Innenminister war verantwortlich für die Deutschlandpolitik des Kremls. In den Ereignissen des 17. Juni und deren weiten Widerhall, die sie im ganzen Satellitenbereich der Sowjetunion fanden, ist wohl der Grund für das Verschwinden Berijas zu suchen. Der am 17. Juni offen zutage getretene Zusammenbruch der sowjetrussischen Deutschlandpolitik brachten Moskau

die bisher grösste Niederlage seit 1945. Mit Polizeimethoden, mit politischem Terror, mit Konzentration- und Arbeitslagern lassen sich Völker auf die Dauer nicht niederhalten, besonders dann nicht, wenn die Unterdrückung durch eine Fremdherrschaft erfolgt. Der Widerstand der gepeinigten Völker gegen die sowjetische Fremdherrschaft und gegen ihre kommunistischen Statthalter hat den Krenl anscheinend davon überzeugt, dass der Versuch einer sichtbaren und weithin spürbaren Entspannung gemacht werden musste. So ist es denkbar, dass Malenkow und Molotow durch die unter so unerwarteten und dramatischen Umständen vollzogene Freigabe Berijas ihre Bereitschaft bekunden wollen, mit den Methoden des Polizeiterrors zu brechen und das Übergewicht der MWD abzubauen.

Die Ernennung Kruglows, eines in der MWD erprobten Mannes zum Nachfolger, muss nicht dem widersprechen. Kruglow blickt auf eine lange Karriere zurück. Er hat bereits schon einmal, am 15. Januar 1946, Berija in seinen Funktionen abgelöst. Bei der im März des gleichen Jahres erfolgten Umwandlung der Volkskommissariate in Ministerien blieb Kruglow Minister des Innern, während Berija mit dem Posten eines stellvertretenden Ministers sich begnügen musste. Stalins Tod schob den nun zum Volksfeind erklärten früheren Innenminister wieder in den Vordergrund. Es wäre nicht das erstemal in der sowjet-russischen Geschichte, dass ein aus dem Apparat hervorgegangener Mann selbst mit dem Abbau des Herrschaftsbereiches dieses Apparates betraut wird.

An dem Sturz Berijas hat die Rote Armee entscheidenden Anteil. Und dies ist wohl das Bemerkenswerteste. Stalin hat immer wieder die Führung der Roten Armee, sofern sie ihm zu mächtig und einflussreich zu werden schien, entweder zurückgedrängt oder, wie in den dreissiger Jahren, liquidieren lassen. Nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges schickte er die zu einem für ihn gefährlichen Ansehen gelangten siegreichen Sowjetmarschälle wieder in die Wüste. Zum erstenmal in der 35jährigen Geschichte der Sowjetunion behauptet sich in einer entscheidenden Auseinandersetzung innerhalb der politischen Führungsgremien des Krenl die Rote Armee als eine selbständige und eigenwillige politische Kraft, ohne und gegen deren Willen die Kommunistische Partei der Sowjetunion wohl kaum noch etwas unternehmen kann.

Dies allein sollte allen jenen westlichen Politikern zu denken geben, die, etwas voreilig, vom Sturz Berijas auf einen möglich beginnenden Zerfall der Sowjetunion schliessen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sprechen dagegen. Welch weitreichenden Auswirkungen das Auseinanderbrechen des Moskauer Dreigestirns für die Sowjetunion und für die Satellitenländer auch haben mag, sie können nichts an der Tatsache ändern, dass im Atomzeitalter West und Ost auf eine gegenseitige Verständigung, oder den Versuch dazu, angewiesen sind, sofern sie sich nicht vernichten wollen.

Weltmacht Demokratischer Sozialismus

Von Heinz Putzrath

Als im Oktober vorigen Jahres der Kongress der Sozialistischen Internationale in Mailand tagte, waren die Fronten im Kalten Krieg erstarrt. West und Ost schienen gleichermassen nur an die Vorbereitung einer militärischen Auseinandersetzung grossen Stils zu denken, die bereits in einigen Brennpunkten der Welt gefährliche Formen angenommen hatte. Der Westen schien keine andere Alternative zu kennen als den Ausbau der NATO und die baldige Ratifizierung der EVG-Verträge. Stalins Tod und die darauf folgenden Massnahmen der sowjetischen Politik haben die gesamte Weltpolitik wieder in Fluss gebracht. Der Aufstand der Arbeiter in Deutschland hat ein Übriges getan.

Der Diskussion über die internationale Situation wird daher eine ganz besondere Bedeutung beigemessen werden, wenn der 3. Kongress der Sozialistischen Internationale am 15. Juli seine Arbeit beginnen wird. Vier Tage werden etwa 200 Delegierte aus fast allen Kontinenten im Parlamentsgebäude in Stockholm die mannigfachen Probleme des demokratischen Sozialismus erörtern.

Julius Braunthal, der Generalsekretär der Internationale, hat dieser Tage den Tätigkeitsbericht vorgelegt. Daraus ist ersichtlich, dass zurzeit 36 Parteien mit einer Mitgliedschaft von annähernd zehn Millionen der Sozialistischen Internationale angeschlossen sind. Nicht erfasst in diesen Zahlen sind die Mitglieder der Internationalen Sozialistischen Jugend, noch, natürlich, Mitglieder sozialistischer Parteien, die durch den Totalitarismus dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs zur Illegalität verdammt sind. Sechs solcher Exilparteien sind der Internationale direkt angeschlossen, während weitere sieben als bona fide-Organisationen anerkannt sind. Darüber hinaus unterhält das Büro der Internationale Kontakt mit 38 sozialistischen Parteien und Organisationen in allen Teilen der Welt. Die legal wirkenden sozialistischen Parteien konnten nach dem letzten Stand in allgemeinen Wahlen rund 64 Millionen Stimmen auf sich vereinigen.

So eindrucksvoll diese Zahlen auch sein mögen, so darf nicht übersehen werden, dass die Hauptstärke der Sozialistischen Internationale

noch immer auf den europäischen Kontinent beschränkt ist. Jedoch gerade in den sogenannten 'unterentwickelten Gebieten' Asiens und Afrikas findet der demokratische Sozialismus ein unermessliches Reservoir. Die Konferenz asiatischer Sozialisten hat bewiesen, dass hier eine mächtige Bewegung im Kommen ist, die sich gleichermaßen im Kampf mit den feudalistischen und imperialistischen Kräften der Reaktion messen kann und gelernt hat, dass der Kommunismus keine Alternative zu sozialer Ausbeutung und nationaler Unabhängigkeit darstellt.

Die Sozialistische Internationale hat wohl verstanden, was für eine Aufgabe ihr hier erwachsen ist. Die Schaffung der Asiatischen Sozialistischen Konferenz als organisatorisch unabhängige Organisation mag eine Notwendigkeit gewesen sein. Da eine Reihe sozialistischer Parteien Asiens ihre Unabhängigkeit in hartem Kampf gegen Kolonialmächte errungen haben, hegen sie begreiflicherweise noch Ressentiments gegen Regierungen, die sich bis vor kurzem geweigert haben oder noch weigern, ihnen dieselben Rechte zuzugestehen, die sie in ihren Heimatländern als selbstverständlich erachten. Das Misstrauen gegenüber diesen Ländern schliesst auch die sozialistischen Parteien nicht aus, soweit sie sich nicht eindeutig von der Kolonialpolitik distanzieren haben. Hier bietet sich für die Parteien der Länder, also in besonderem Masse auch für die SPD, die keine Kolonialgebiete besitzen, eine gute Gelegenheit. Sie können eine Mittlerrolle spielen, um in geduldiger und taktvoller Art Gegensätze aus der Welt zu räumen, die nur den gemeinsamen politischen Gegnern des freiheitlichen Sozialismus zu statten kommen.

Das Verhältnis der Sozialistischen Internationale zur Asiatischen Sozialistischen Konferenz wird eines der wichtigsten Themen in Stockholm sein. Dies ist bereits aus der Tagesordnung für den Kongress ersichtlich. Entgegen sonstigen Gepflogenheiten wird gleich zu Beginn dem Leiter der asiatischen sozialistischen Delegation, dem burmesischen Informationsminister U Tun Win, Gelegenheit gegeben werden, den Kongress zu begrüßen. Weiterhin werden die organisatorischen und politischen Beziehungen der Internationale mit der asiatischen Konferenz, sowie das Problem der Kolonien als besondere Tagesordnungspunkte behandelt werden. Wir hoffen und wünschen, dass die Stockholmer Konferenz einen grossen Schritt auf dem Wege zu einer wirklich weltumspannenden Internationale tun möge. Der Ernst der Situation erfordert das einheitliche Vorgehen des internationalen demokratischen Sozialismus.

Normalisierung in Berlin

E.Z. Berlin

Nach den für die SED und den sowjetzonalen Staatsapparat so verhängnisvollen Auswirkungen des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni ist die Spannung bzw. Entspannung in Berlin zum Prüfstein dafür geworden, inwieweit die Sowjets ernsthaft an der weiteren psychologischen Vorbereitung von Viermächteverhandlungen über die Deutschlandfrage interessiert.

Da die Sowjets im politischen Bereich schon aus Prestige Gründen nicht in der Lage sind, vorbehaltlos einzulenken, muss jede Lockerung der gespannten gesamtberliner Situation als Zeichen des Verständigungswillens gewertet werden. Die am 9. Juli aufgehobene hermetische Absperrung der Sektorengrenze zwischen dem östlichen und westlichen Teil der Stadt ist zunächst nur eine Verwaltungsmaßnahme. Sie gewinnt aber gerade als Beweis des guten Willens Bedeutung, da der sowjetische Kommandant Dibrowa noch vor wenigen Tagen in seiner Antwort auf die Protestnote der Westkommandanten betont hatte, eine Aufhebung der Sperre käme nur unter der Voraussetzung in Frage, dass in Westberlin alle jene Organisationen aufgelöst würden, die durch ihre "Provokationen" am 16. und 17. Juni den Aufstand herbeigeführt hätten. Die amtliche Mitteilung über die neuen Massnahmen beschränkt sich auf den Hinweis, die Staatsorgane in Ostberlin würden künftig das Eindringen von "Provokateuren" unmöglich machen.

Gewiss stellt diese Aufhebung der Sperren an der Sektorengrenze nur den Zustand vor dem 16. Juni wieder her. Aber nach der ost-westlichen Spannung, die seit dem Arbeiteraufstand in Berlin entstanden war, liegt auch darin schon ein Zeichen für eine sowjetische Verständigungsbereitschaft, auch auf höherer Ebene. Dabei ist wichtig zu wissen, dass auch diese Massnahmen auf die Initiative Semjonows zurückgehen und keineswegs ein Entgegenkommen der sedistischen Ostberliner Stadtverwaltung darstellen. Die neue Entwicklung hatte bereits am 28. Juni damit begonnen, als die Sowjetzonenregierung ihr Postministerium anwies, die Möglichkeit für die Wiederinbetriebnahme des Telefonsverkehrs zwischen Ost- und Westberlin zu prüfen, der seit Mai 1952 durch Abschaltung der Leitungen, die

später sogar durchschnitten wurden, unterbrochen worden war.

Seit dem 1. Juli, also zu einer Zeit, als nach den Ereignissen des 17. Juni noch eine gespannte Atmosphäre vorhanden war, häuften sich die Ostberliner Verwaltungsmassnahmen, die als Anzeichen für die Bereitschaft zu einer Normalisierung des Berliner Lebens angesehen werden mussten. Allen Westberlinern, denen 1952 die in Ostberlin gelegenen Betriebe und Geschäfte beschlagnahmt worden waren, erhielten die Möglichkeit, die Rückgabe dieser Vermögenswerte zu beantragen. Auch jene Westberliner Bürger, denen Hausbesitz im östlichen Teil der Stadt zwangsweise unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt worden war, können seit einigen Tagen ihren Besitz wieder selbst verwalten bzw. einen eigenen Verwalter einsetzen. Als letztes überraschendes Angebot, das sicher nicht ohne sowjetische Einflussnahme gemacht worden ist, ist die Mitteilung der Ostberliner Stadtverwaltung an den Westberliner Senat zu verzeichnen, dass Ostberlin jetzt wieder bereit sei, Trinkwasser für den westlichen Arbeiterbezirk Neukölln zu liefern. Gerade die Sperrung der Trinkwasserversorgung war seinerzeit ein brutales Druckmittel der SED-Verwaltung gegenüber Westberlin.

All diese neuen östlichen Massnahmen müssen als Schritt zur Normalisierung der Berliner Gesamtlage betrachtet werden. Sind es auch nur reine Verwaltungsmassnahmen, so haben sie in der heutigen Situation doch ihr besonderes politisches Gewicht, da sie Sowjets selbstverständlich dahinterstehen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau